

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

NEUNZEHNTE JAHR
SEPTEMBER 1968

9

LUDWIG ROSENBERG

Vor hundert Jahren: Gründung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)

In diesen Jahren häufen sich die Jubiläen der Gewerkschaftsgründungen. Die Britischen Gewerkschaften begehen in glanzvollen Festveranstaltungen ihr 100jähriges Bestehen und andere Fach- und Berufsorganisationen feiern ihren 75. Geburtstag oder ähnlich bedeutende Erinnerungsfeste. —

In Deutschland wird wahrscheinlich kaum eines Jubiläums gedacht werden, das eigentlich besondere Beachtung verdient. Denn an diesem Jubiläum kann man die Geschichte und die politische Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich besser erkennen, als an manchen Daten, die man sicherlich ebenfalls mit Recht festlich begeht. Diese deutsche Gewerkschaftsgeschichte stellt sich durch die vor 100 Jahren erfolgte Gründung der Deutschen Gewerkvereine — *Hirsch-Duncker* — dem Betrachter in der Entwicklung, dem Werden und — Vergehen gerade dieser Gewerkschaftsbewegung besonders eindringlich dar. Sie zeigt an diesem Beispiel den langen Weg von politischen und unpolitischen, weltanschaulich gebundenen und nicht gebundenen, beruflich und fachlich organisierten und industriegebundenen Gewerkschaften — durch Höhen und Tiefen bis zur heutigen Form der überparteilichen, einheitlichen Industriegewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Es ist daher sinnvoll, sich des Werdens und der Geschichte dieser ersten auf zentraler Grundlage aufgebauten deutschen Arbeiterorganisation zu erinnern, die am 28. September 1868 in Berlin gegründet wurde. *)

I

Wie sahen die Umweltbedingungen aus in jenen Tagen, als diese Gewerkvereine gegründet wurden? Es gab damals bereits Koalitionsfreiheit, die es den Arbeitern gestattete, in Wohlfahrts- und Bildungsvereinen auch Fragen des Arbeitsverhältnisses zu behandeln. Der starre Innungszwang war nicht mehr uneingeschränkt wirksam, die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit gab auch den Arbeitern mehr Bewegungsmöglichkeiten und in diesen neuen Vereinigungen waren Männer wie *Bebet* und Dr. *Max Hirsch* gemeinsam mit vielen anderen tätig. Gewerkschaften waren diese Vereine nicht.

*) Quellenverzeichnis: Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, 1931, Bd. 1 und 2./Alfred Czieslik: Deutsche Gewerkvereine (H-D) / Ernst Lemmer: Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. / Walther Astor: Eigenunternehmen der Gewerkschaften. / Walther Astor: Gewerkschaftsbanken. / Gustav Schneider: Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA). / Pasche: Max Hirsch (1894). / Anton Erkelenz: Max Hirsch. / Anton Erkelenz: Franz Duncker. / Verschiedene Zeitschriften und persönliche Notizen.

Aber unter dem Druck der Umwelt, in der diese Vereine tätig wurden, bereiteten sie tatsächlich die Gründung von Gewerkschaften und Genossenschaften vor. Es braucht hier nicht darauf hingewiesen zu werden, wie sich die Lage der Arbeiter in der damaligen Zeit der aufkommenden Manufakturen entwickelte, wie Ausbeutung und furchtbarste Rechtslosigkeit zu empörenden und unvorstellbaren Bedingungen führten, die nicht nur den Protest der direkt Betroffenen herausforderten, sondern auch im aufgeklärten Bürgertum, in der Wissenschaft und zum Teil auch in kirchlichen Kreisen die Forderung nach Beseitigung dieses Unrechts laut werden ließ.

Dr. Max Hirsch, dessen Grab noch heute auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weissensee erhalten ist, der Sohn eines Kaufmanns aus Halberstadt, war einer derer, die das Elend der Arbeiter nicht nur theoretisch bewegte. Als 35jähriger ging der junge Nationalökonom nach England. Dort studierte er das englische Genossenschaftswesen und lernte die britischen Gewerkvereine kennen — die *Trade Unions*, die Anfänge der heutigen britischen Gewerkschaftsbewegung. Er übersetzte diesen englischen Begriff in „Gewerkvereine“, über die er in der damals journalistisch beliebten Briefform in der *Berliner Volkszeitung* berichtete. In einem besonders aufschlußreichen und für die Gesinnung des Verfassers bezeichnenden solchen Brief vom 4. 8. 1868 finden wir nach der Darstellung der „furchtbaren Mißbräuche“, der „übermäßigen Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderausbeutung, der Lohnherabsetzung usw.“ folgende Sätze:

„ ... In manchen anderen Ländern würden die Arbeiter durch solche Verhältnisse niedergedrückt und demoralisiert werden. Allein das englische Volk ist von Natur mit einer überaus kräftigen körperlichen und moralischen Konstitution ausgestattet, und dieselbe Energie, die vor 600 Jahren die Magna Charta und vor 200 Jahren die große Revolution hervorbrachte, hat in unseren Tagen den vereinten Widerstand der arbeitenden Klassen gegen die Übermacht des Kapitals, die Gewerkvereine geschaffen. Sie bilden den „Covenant“ der modernen englischen Arbeiter und werden solange fortbestehen, bis eine bessere und höhere Verfassung der industriellen Produktion sie überflüssig macht. . .“

Aus England zurückgekehrt widmete sich Hirsch der praktischen Arbeit — der Verwirklichung von jenen Ideen, die er in England kennengelernt hatte. Er wurde Ausschußmitglied des Verbandes Deutscher Arbeitervereine und Vorsitzender des Brandenburgischen Konsum-Verein-Verbandes. Dort fand er Freunde in Männern wie *Franz Duncker*, *Schulze-Delitsch* und anderen — Handwerker und Arbeiter, die sich den Zusammenschluß der Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen zur Aufgabe machten.

Gleichzeitig wirkten die Lassalleaner Dr. von *Schweitzer*, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, und *Fritsche* auf parteipolitischer Ebene ebenfalls an dem Plan solchen Zusammenschlusses. Sie verbanden diesen Gedanken mit der politischen Organisation der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratischen Partei als politischem Instrument der Arbeiterklasse.

Hirsch und seine Freunde wollten aber die Organisation der Gewerkvereine aus der politischen Parteibindung heraushalten. Sie sahen offenbar in der damaligen Situation besondere Gefahren, die einer solchen Bindung folgen würden, und distanzieren sich bewußt von der durch die Lassalleaner eingeschlagenen Richtung.

Zunächst hatten sie Erfolg. Die Berliner Maschinenbauer, das führende „Gewerk“ Berlins, waren bereit, ihren Vorstellungen zu folgen. Geschlossen versuchten sie, den von den Lassalleanern einberufenen Kongreß im Sinne einer Gründung „politisch unabhängiger Gewerkvereine“ zu beeinflussen. Der Plan mißlang. Sie wurden mit Gewalt aus dem Saal entfernt als „bezahlte Agitatoren der reaktionären Geldmacht“. Das war am 26. September 1868.

Am 28. September 1868 — also zwei Tage darauf — fand im Universum in Berlin die Gründungsversammlung der Deutschen Gewerkvereine statt, auf der nach einem Re-

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN GEWERKVEREINE (HIRSCH-DUNCKER)

ferat des Verlegers Franz Duncker die „Grundzüge für eine Konstituierung der Deutschen Gewerkvereine“ angenommen wurden und eine Kommission mit dem Entwurf eines Musterstatuts beauftragt wurde. Auf diesem ersten Kongreß waren neben dem Berliner Maschinenbauer-Gewerk bereits die Maschinenbauer Danzigs und die Maler Berlins vertreten.

Im Oktober 1868 erließ die neue Organisation ihren ersten offiziellen Aufruf an die „Deutschen Arbeiter“. Er war bereits von fast 40 Berliner Gewerken unterzeichnet. Dieser Aufruf ist von großer Bedeutung für die Richtung und die Grundlagen der neuen Organisation. Es lohnt sich, einige Sätze daraus zu zitieren. Der Aufruf beginnt mit einer kurzen und eindrucksvollen Darstellung der Arbeitsverhältnisse der damaligen Zeit. Dann folgen Sätze wie folgende:

„Es stellt sich heraus, daß die Freiheit allein das wirtschaftliche Heil nicht zu bringen vermag. Diese Freiheit wäre nur die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts. Was folgt hieraus? Durchaus nicht, daß die Freiheit selbst beseitigt werde, weder durch die Rückkehr zu den verknöcherten Gestaltungen des Mittelalters, noch weniger aber durch die gemeinschaftliche Produktion unter der Garantie und Aufsicht des Staates, welche in Wirklichkeit nichts anderes sein würde als die allgemeine Sklaverei. Nein, auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Freiheit das höchste, unveräußerliche Gut. Aber aus ihrem Schoße muß eine schöpferische Ordnung erwachsen, welche die Gegensätze vermittelt, die Schwachen durch Vereinigung stärkt, die Interessen des Kapitals und der Arbeit, der Produktion und der Konsumtion harmonisch verbindet. Pauperismus und Millionär-tum, Überproduktion und Geschäftsstockung, Börsenschwindel und Staatsbankrott, alle diese verderblichen Krankheiten der modernen Gesellschaft können nur geheilt werden durch Organisation der gesunden Kräfte. Gleichberechtigung — Vereinbarung — Schiedsgericht sind unser Wahlspruch und erst im Notfall, aber dann mit Wucht und Entschiedenheit schreiten wir zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung . . .“

Dieser erste Aufruf schuf die Grundlage der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Ihre politische, gewerkschaftliche und sozialreformerische Grundlage war durch diese erste Erklärung weitgehend festgelegt. Sie waren freiheitlich-national, parteipolitisch unabhängig, religiös neutral. Sie standen grundsätzlich auf dem Boden der Selbsthilfe, forderten aber dort, wo diese Selbsthilfe für die Arbeiter nicht ausreichte, die Hilfe des Staates.

II

Diese sich nun auf Grund des Oktober-Aufrufes neu bildenden Gewerkvereine gaben sich Statuten, die von der auf dem September-Kongreß gebildeten Kommission ausgearbeitet und dann als Grundlage akzeptiert wurden.

Diese Satzungen regelten grundsätzlich die Einführung einer Anzahl von Leistungen, die wir aus der gewerkschaftlichen Praxis bis heute noch kennen, soweit sie nicht inzwischen sich als unnötig im Sinne der Selbsthilfe erwiesen haben:

Krankenunterstützung, Begräbniskassen, Altersversorgung (diese möglichst im Rahmen der Spitzenorganisation!), Streik- und Maßregelungs-Unterstützung. Weiterhin Arbeitsstatistik und Arbeitsvermittlung durch den Gewerkverein, Bildungseinrichtungen und „Beaufsichtigung des Lehrlingswesens“, Rechtsschutz, Förderung von Genossenschaften usw.

Es ist das ein Katalog von Aufgaben, die im großen Ganzen auch noch heute als die wesentlichen traditionellen Aufgaben der Gewerkschaften bezeichnet werden können, denn er enthält neben den oben aufgeführten natürlich auch die „Vertretung der Mitglieder gegenüber den Arbeitgebern, dem Publikum und den Behörden ...“

In einem besonderen Paragraphen (§ 3) werden dann die Grundsätze dargelegt, die der Gewerkverein in „Betreff der Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder“ aufstellt. Besonders aufschlußreich sind folgende Forderungen:

Abzüge vom Lohn nur mit Zustimmung des Arbeitnehmers zulässig
Arbeitslohn muß ausreichen zum Unterhalt des Arbeiters, seiner Familie und Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit sowie der Erholung und humanen Bildung
Keine Sonntagsarbeit. Ausnahme das „unerlässlich Notwendige“
Arbeitszeit für Erwachsene: Maximum 12 Stunden einschl. 2 Stunden Pause
Keine Nachtarbeit, bis auf das „unerlässlich Notwendige“
Jede neue Fabrik- bzw. Arbeitsordnung muß mit Arbeitnehmern vereinbart werden
Differenzen: paritätisch besetztes Schiedsgericht mit einem Unparteiischen
Volle Arbeitsfreiheit der Frau und alle Garantien für Gesundheit und Sittlichkeit
Einschränkung der Kinderarbeit und für „Unerwachsene“ unter Wahrung der körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildungsmöglichkeiten
Keine Konkurrenz durch Beschäftigung von Sträflingen

Ferner gab es schon von Anbeginn bei den Gewerkvereinen Zahlungen an die Mitglieder von Streikgeldern sowie Arbeitslosen-, Maßregelungs- und Wander- und Übersiedlungs-Unterstützungen.

Im Mai 1869 wurde dann auf zentraler Grundlage der Verband der Deutschen Gewerkvereine gegründet, und Dr. Max Hirsch zu seinem „Anwalt“, Verbandsleiter, gewählt, eine Position, die er bis zu seinem Tode am 26. Juni 1905 bekleidete, bis zum Jahre 1878 unbesoldet, dann besoldet. Gleichzeitig wurde die Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Verbandszeitschrift und erstmalig eine Invalidenkasse beschlossen.

Es folgte sehr schnell die Wahl eines Zentralrates, dem heutigen Bundesausschuß entsprechend zusammengesetzt, eines geschäftsführenden Ausschusses aus hauptamtlichen Vorsitzenden, Kassierern und Sekretären, sowie die Gründung von Ortsverbänden. Höchstes Organ war der Verbandstag der Deutschen Werkvereine mit gewählten Delegierten der einzelnen Gewerkvereine in einem Turnus von drei Jahren.

Diese Organisationsform hat sich im wesentlichen bis zu jenen Tagen erhalten, die das vorläufige Ende aller demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland bedeuteten — bis zum 2. Mai 1933. An diesem Tage besetzten die braunen Horden der SA und der NSBO (Nat. Soz. Betriebs-Organisation) die Gewerkschaftshäuser und schleppten viele Gewerkschaftsführer und -funktionäre in die SA-Keller, Gefängnisse und KZs.

III

Wenden wir uns jetzt der praktischen gewerkschaftlichen Arbeit der Gewerkvereine — Hirsch-Duncker — zu, die in der Auseinandersetzung der verschiedenen Gewerkschafts-„Richtungen“ sicherlich nicht immer die gerechte Würdigung gefunden hat. Es gab eine Zeit während des Sozialistengesetzes und des Verbots und der Verfolgung der sozialistischen Freien Gewerkschaften, in der man die nicht verbotenen H-D-Gewerkvereine als „gelbe“ — als „friedlich“ und gar arbeiterverräterisch bezeichnete.

So gut man diese Verleumdungen aus dem heißen Kampf der damaligen Situationen verstehen mag — so wenig sind sie gerecht und den wirklichen Tatsachen entsprechend. Die Gewerkvereine waren nicht parteipolitisch gebunden — sie waren, auch in ihrer Phraseologie, nicht revolutionär. Sie waren eine demokratische Reformbewegung mit evolutionären Zielen. Sie scheuten nicht den Streik — aber sie sahen ihn als wirklich letztes Mittel. Sie haben ihn nicht als Instrument einer revolutionären Situation betrachtet. Wenn sie von Harmonie sprachen, so meinten sie, wie ihr praktisches Verhalten bewies, nicht eine Harmonie-Duselei, sondern den Ausgleich verschiedener Interessen in einer, wie man heute sagen würde, pluralistischen Gesellschaft — die sich allerdings von

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN GEWERKVEREINE (HIRSCH-DUNCKER)

Vorstellungen wie der Diktatur des Proletariats wesentlich unterschied. Sie waren, im Gegensatz zur betonten Ablehnung nationaler Ideen, wie sie von den sozialistischen Gewerkschaften unter dem Druck der politischen Kräfte gegen den Sozialismus vertreten wurden, freiheitlich-national, national-liberal. Aber nicht nationalistisch. Der Abstand von jenen Tagen, der uns heute erlaubt und verpflichtet, eine gerechte und saubere Würdigung dieser Bewegung zu finden, läßt fast alle der damals gemachten Anwürfe und Vorwürfe in einem sehr anderen Licht erscheinen als in einer Zeit, in der man jeden, der nicht für völligen gesellschaftlichen revolutionären Umsturz auf der Basis des damaligen Sozialismus eintrat, zum Arbeiterverräter und Kapitalistenknecht stempelte.

Das Ziel der Gewerkvereine war eine starke, selbstbewußte Arbeiterschaft, die sich ihr Recht, wenn nötig, erkämpft — die aber an die Freiheit und die Möglichkeit glaubt, durch Verhandlungen, Schiedsverfahren und Vereinbarungen zwischen freien und unabhängigen gleichwertigen Parteien wirtschaftliche, soziale und betriebliche Fragen lösen zu können.

Der Tarifvertrag, Schlichtungsabkommen und vieles, das heute Allgemeingut der Gewerkschaften ist, waren seit Anbeginn Ziel der Gewerkvereine. Und schon im Jahre 1871 forderten sie die Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten und Einigungsämtern.

Das alles bedeutete nicht, daß sie den Streik scheuten. Schon im Jahre 1869 — also ein Jahr nach der Gründung — führten die Gewerkvereine sechs offizielle Streiks um Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Koalitionsrecht.

Ein solcher Streik war der um das Koalitionsrecht der Bergleute im Waldenburger Bergbaurevier, die sich im Juli 1869 den Gewerkvereinen angeschlossen hatten. Maßregelungen und Entlassungen der Gewerkvereiner folgten. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit verdiente ein Vollhauer einen Durchschnittslohn von 2,30 M. je Tag. — Nach vergeblichen Verhandlungen, die Dr. Hirsch mit den Zechenherren führte, streikte dann ab 1. Dezember 1869 die Belegschaft von 8000 Bergarbeitern. Ausweisungen aus den Werkswohnungen und Entlassungen folgten. Knappschaftsmitgliedschaft und Ansprüche gingen verloren, Beamte des preußischen Handelsministeriums erklärten offiziell, daß „Gerüchte, die Gewerkvereine fänden die Unterstützung und Billigung der königlichen Staatsbehörden, auf Unwahrheit beruhen. Die Ministerial-Kommissarien erachteten die Forderung der Grubengewerkschaften, daß die Bergleute aus dem Gewerkverein ausscheiden, für völlig gerechtfertigt...“ Als auch das mißlang und die Bergleute weiterstreikten, mischte sich das Königliche Kreisgericht ein. Es „machte bekannt“, daß die noch unter Vormundschaft stehenden Bergleute (also junge noch nicht mündige Menschen) nicht ohne Genehmigung des Vormundes streiken oder die Arbeit einstellen dürften ...

Inzwischen sammelten die Gewerkvereine für ihre streikenden Kollegen 30 000 Taler, einen für diese junge Organisation unerhört großen Betrag — aber nach acht Wochen, im Januar 1870, mußten sie den Streik abbrechen. Viele verließen enttäuscht und entmutigt die Gewerkvereine. Die Rache der Unternehmer wurde zügellos, so daß Franz Duncker im Reichstag dagegen protestierte.

Es kam der Krieg 1870/71. Von 30 000 Mitgliedern der Gewerkvereine waren am Ende des Krieges nur 6000 übriggeblieben. Die Aufbauarbeit begann von neuem.

Inzwischen hatte sich der Kampf gegen die sozialistischen Gewerkschaften in Preußen und in den Ländern verschärft. Er wurde auch zwischen den Gewerkschaften immer erbitterter, und da viele Sozialdemokraten in die Gewerkvereine eintraten, verlangten diese von neuen Mitgliedern einen Revers, in dem sie erklärten, nicht Mitglied der SPD zu sein, da man fürchtete, der offiziellen und inoffiziellen Verfolgung der Sozialdemokratischen Partei mit ausgeliefert zu werden.

Immer mehr verlegte sich der Kampf um das Koalitionsrecht und den Schutz der Arbeitskraft auf die politische Ebene. — Trotz grundsätzlicher Aufrechterhaltung der parteipolitischen Unabhängigkeit waren mehrere führende Persönlichkeiten der Gewerksvereine Mitglieder des Reichstags oder der Landtage. Auch Dr. Hirsch vertrat als Mitglied und Abgeordneter der Fortschrittspartei in erbitterten Kämpfen gegen den saaxländischen Großindustriellen Freiherrn *von Stumm-Halberg* (Neunkirchener Hüttenwerk) Forderungen für den Ausbau von Gewerbeaufsicht, Jugendschutz und Sozialversicherung.

Ein typisches Beispiel für die „Einstellung“ dieser „Wirtschaftsführer“ war ein „Erlaß“ des Freiherrn von Stumm-Halberg „an die Arbeiter des Neunkirchener Hüttenwerks“. Darin ging er soweit, seinen Arbeitern vorzuschreiben, welche Wirtschaften sie nicht besuchen und mit welchen „Geschäftstreibenden sie den Verkehr vermeiden müßten“. Diese angeblich sozialdemokratisch versuchten Wirtschaftshäuser und Geschäfte wurden in dem „Erlaß“ namentlich aufgeführt. Ebenfalls stellte der Freiherr in dem Erlaß fest, daß der „undeutsche“ Demagoge Hirsch praktisch die gleichen Wege beschreite wie die verhaßten Sozialdemokraten.

Die antisemitische Tendenz in diesem Erlaß ist ebenso unverkennbar wie die noch heute beliebte Methode zu behaupten, daß die „Demagogen“ — lies Funktionäre — nur ihre eigenen Interessen und nicht die der armen und unwissenden Arbeiter verfolgen. —

Als dann im Jahre 1880 *Bismarck* durch Königliche Verordnung einen Volkswirtschaftsrat geschaffen hatte — was im übrigen heute nahezu völlig unbekannt ist —, war auch ein Former namens *Hugo Kamin* aus den Gewerksvereinen eines der Mitglieder. Da ihm aber sein Arbeitgeber den für die Ausübung dieses Amtes notwendigen Urlaub verweigerte, konnte er nur für wenige Wochen diese Funktion ausüben.

IV

Entscheidend in der Auseinandersetzung zwischen den Lassalleanern und den Gewerksvereinen war die Frage der Arbeiterversicherung.

Die Gewerksvereine bestanden auf dem Prinzip der Selbsthilfe und Selbstverwaltung. Die Lassalleaner wollten die Staatshilfe. *Bismarck* wollte die Staatshilfe als Instrument der *Abhängigkeit* der Arbeiter vom Staat nutzen und bekämpfte — diesmal gemeinsam mit den Lassalleanern — die Gewerksvereine.

Wenn es heute noch Ersatz- bzw. Hilfskassen für die Arbeitnehmer neben den offiziellen Kranken- und Invaliden-Kassen usw. gibt, so ist das tatsächlich auf die beharrliche Aktivität der Gewerksvereine zurückzuführen, die trotz Schikanen und Verfolgung von diesem Prinzip nicht abließen. Zwar verfielen einige dieser Kassen zwangsläufig der Auflösung, andere aber wurden ausgebaut und erhalten. Natürlich haben die Gewerksvereine später ihre starre Haltung, nur Selbsthilfeeinrichtungen zu propagieren, aufgegeben. Den Grundsatz der Selbstverwaltung aber haben sie konsequent und unbeirrt bis zum Jahre 1933 vertreten.

Manche Forderungen der Gewerksvereine, die aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammen, sind wert, in Erinnerung gebracht zu werden. Sie sind zum Teil noch heute Programmpunkte der modernen Gewerkschaftsbewegung.

So vermutet niemand, daß schon auf dem Verbandstag 1904 die Frage der überbetrieblichen Mitbestimmung in Form von Arbeiterkammern gefordert wurde — ein Problem, das auch heute noch die Menschen beschäftigt, wenn auch diese Methode der überbetrieblichen Mitbestimmung von den Gewerkschaften des DGB und von ihm selbst abgelehnt wird.

1910 verlangte Dr. *Flesch*-Frankfurt in seinem Referat auf dem Verbandstag eine Revision des Arbeitsrechtes, und in besonderen Leitsätzen wurde das „Mitbestimmungs-

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN GEWERKVEREINE (HIRSCH-DUNCKER)

recht im ArbeitsVerhältnis" verlangt. Später wurde diese Forderung dahingehend präzisiert, daß die Gewerkvereine zwar das Privateigentum anerkennen, aber unter der Bezeichnung „Wirtschaftsdemokratie" Kartelle und Syndikate der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer unterstellt werden sollen.

V

Im Verband der deutschen Gewerkvereine waren im Jahre 1931 noch 21 Berufsgewerkvereine und Verbände vereinigt. Sie zählten insgesamt etwa 180 000 Mitglieder, eine recht unbedeutende Zahl, wenn man die Millionenzahlen der Mitglieder der Freien sozialistischen Gewerkschaften und der Christlichen Gewerkschaften damit vergleicht. —

Diese 180 000 waren ihrer Überzeugung treu geblieben. Sie hatten sich zur demokratischen Staatsform bekannt, lehnten jede Form der Diktatur entschieden ab und standen in der Einheitsfront der republikanischen Bewegung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gemeinsam im Kampf gegen alle Feinde der Demokratie. Männer wie *Gustav Schneider*, *Ernst Lemmer*, *Erkelenz* und viele andere haben damals in den Prüfungen der Jahre nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik, in den Zeiten der braunen Barbarei — und viele von ihnen auch später — ihre demokratische Zuverlässigkeit und ihren Mut bewiesen. Manche von ihnen, wie *Max Rassiger*, hatten noch kurz vor dem unseligen Triumph der Nazis versucht, die verschiedenen demokratischen Gewerkschaftsrichtungen zu einigen. Es war schon zu spät. —

Vorher waren bereits große Teile der Arbeiterschaft aus ihren Reihen zu den freien Gewerkschaften des ADGB (Sozialistische Gewerkschaften) übergegangen. Einige Gewerkvereine lösten sich auf, indem sie sich den Gewerkschaften des ADGB anschlossen, und mehr und mehr wurden die Angestellten-Gewerkschaften die einzigen noch verbleibenden wirklich starken Organisationen jenes Dachverbandes, der sich 1920 als Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, konstituiert hatte.

Im Jahre 1930, also 10 Jahre nach seiner Gründung, waren schon zahlreiche Angestellten- und Beamtenverbände Mitglieder des Gewerkschaftsringes geworden; die Mitgliedschaft der Angestellten- und Beamtenorganisationen war im Verhältnis zu der der Arbeiter in der absoluten Überzahl. Waren etwa 180 000 Arbeiter in den Gewerkvereinen, so standen ihnen etwa 580 000 Angestellte und Beamte in dieser Spitzenorganisation gegenüber. Es ist wohl keine Übertreibung, wenn man sagen muß, daß die Arbeiterverbände im Gewerkschaftsring langsam, aber sicher auf das Niveau von Traditionsunternehmen herabsanken — zahlenmäßig und einflußmäßig —, und daß andererseits die Angestelltenverbände, besonders der „Gewerkschaftsbund der Angestellten — GDA" zu einer der bedeutendsten Angestelltenbewegungen der Weimarer Zeit wurde.

Diese im Jahre 1919 durch den Zusammenschluß zahlreicher kleinerer und traditionsreicher Handlungsgehilfen- und Kaufmännischer Verbände zu einer modernen Gewerkschaft gewordenen Organisation hatte sich in kurzer Zeit zu einer hervorragend innerorganisatorisch geleiteten und mit modernen Methoden arbeitenden Angestellten-Gewerkschaft entwickelt.

Die GDA stand ganz auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie und grenzte sich entschieden gegen die völkisch-antisemitische Tradition des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV) ab — der dann auch folgerichtig im Auftrage der Nazis zunächst die Leitung der Angestellten-Verbände im April 1933 übernahm — und verstand sich von Anbeginn als Einheitsgewerkschaft aller Angestellten.

Eine sehr moderne und straff geleitete Organisation. Moderne Methoden der Berufsbildung (Berufsbildungswettbewerbe, Scheinfirmen, Mitglieder- und Kauf-

männische Schulen, wie das Büsch-Institut, Hamburg), sowie eine Reihe eigener Wirtschafts- und Versicherungsunternehmen — Deutsche Angestellten-Krankenkasse, Deutsche Wirtschaftsbank, Sieben-Stäbe-Verlag, Deutsche Welt-Lebensversicherung, Bauunternehmen wie „Heimat“ und „Gagfah“ — finden wir heute noch, wenn auch nicht immer in gewerkschaftlichem Besitz, wieder. Schulen und Erholungsheime und viele andere Einrichtungen, die für die moderne Gewerkschaftsbewegung auch heute noch typisch sind, waren bereits damals Teil der Gewerkschaftsarbeit des GDA.

Wenn man heute das Bundesprogramm des GDA liest, fällt auf, daß bei aller Betonung des Charakters einer Angestelltengewerkschaft die „volle Gleichberechtigung mit der Arbeiterschaft“ in allen öffentlichen und betrieblichen Fragen herausgestellt wird. Daß also bereits hier ein bewußtes Abgehen von dem in den alten Angestelltenverbänden — und in manchen heutigen — so beliebtem Standesdünkel der Angestelltenschaft betont wurde. Neben dem GDA waren es der Deutsche Bankbeamten-Verein, der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten, der Allgemeine Eisenbahnverband und andere Verbände, die nunmehr die wirkliche Stärke des Gewerkschaftsringes darstellten.

VI

Zahlenmäßig haben die Gewerkvereine niemals die gleiche Rolle gespielt wie die sozialistischen Freien Gewerkschaften oder die Christlichen Gewerkschaften. Sie wurden nach einem zunächst relativ guten Start vom Elan der großen sozialistischen Bewegung überrannt. Die religiös und von der katholischen Kirche direkt geförderte Christliche Gewerkschaftsbewegung wurde zum Sammelbecken der nichtsozialistischen und — in der Arbeiterschaft — religiös engagierten Arbeitnehmer. Wie die große Zeit des wirklichen humanitären Liberalismus in der politischen Arena immer mehr zwischen Konservativen, religiös gebundenen oder sozialistischen Parteien zahlenmäßig an Bedeutung verlor, so ging es auch der Hirsch-Dunckerschen Arbeiterbewegung. Die Ideen des Liberalismus, dem sie sich ja doch im Wesentlichen verbunden fühlte, hatten Eingang in die verschiedenen anderen großen Gruppierungen gefunden. Was jetzt die Gruppen trennte, waren klare Fronten in dem Zukunftsbild einer neuen Gesellschaft. Die Gruppen formierten sich, die einen neuen Abschnitt menschlicher Geschichte schreiben wollten. Akzeptiert wurde Humanismus, akzeptiert wurden die Grundsätze der französischen Revolution — wenn sie auch noch um so leidenschaftlicher von Erzreaktionären bekämpft wurden —, ihr Sieg schien unausweichlich.

Die Reformer in der Sozialdemokratie wurden stärker, der Wandel vom reinen Marxismus zum freiheitlichen Sozialismus bahnte sich an. Die Sozial-Enzykliken der Päpste wiesen neue, ungeahnte Perspektiven. Eine neue Zeit wurde geboren, in der alte Gegenpositionen nicht mehr ganz stimmten und neue entstanden. Vieles, das sich kraß gegenüberstanden, näherte sich unbemerkt — vieles, was vorher nicht erkennbar war, schuf neue und erbitterte Gegensätze. Demokratie als Staats- und Gesellschaftsprinzip wurde vom Ideal zur Möglichkeit, und Idealvorstellungen von der Beseitigung der Klassenherrschaft durch die Herrschaft einer Klasse wurden in der Praxis zur Enttäuschung vieler Träume und Hoffnungen. Der Kapitalismus bewies eine Anpassungsfähigkeit, die ihm niemand zugetraut hatte. Und er entwickelte in technisch rasantem Fortschritt neue Gefahren, die niemand vorher ahnen konnte. Throne, die von Gottes Gnaden lebten, erwiesen sich als Popanz, der dem ersten wirklichen Sturm nicht standhalten konnte. Ordnungen, die als gottgewollt galten, wurden weggefegt, ohne daß sie ernsthaft verteidigt wurden.

Nach dem barbarischen Rückfall in eine unvorstellbare Hysterie der Dummheit und der Grausamkeit, des Massenmordes und des primitivsten Götzenkults, wurde auf

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN GEWERKVEREINE (HIRSCH-DUNCKER)

Trümmern eine neue Zeit geboren. In ihr erstand in diesem freien Teil unseres Vaterlandes die Chance einer freien, mündigen Gesellschaft, im anderen die Fortsetzung der Unfreiheit mit anderen Fahnen und alten Methoden. —

Diese Chance, die wir hier haben, zu nutzen ist die Aufgabe der neuen, alten deutschen Gewerkschaftsbewegung: des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner 16 Gewerkschaften und Industriegewerkschaften. In ihm vereinigen sich die besten Traditionen der alten Arbeiterbewegung, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, der Freien sozialistischen Gewerkschaften — ADGB — und des damaligen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften. In ihm wirken noch heute jene Männer und Frauen, die in den drei Organisationen vor 1933 sehnlichst jene Einheit der Gewerkschaften herbeiwünschten, die damals nicht mehr geschaffen wurde, zum Schaden der Arbeitnehmer, zum Verhängnis des deutschen Volkes und zum Unglück für die Welt.